



Internationaler Arbeitskreis für Verantwortung in der Gesellschaft e.V.

International Working Group for Responsibility toward Society

Международная рабочая группа «Ответственность в обществе»

Geschäftsstelle: Dr.Hans Penner D-76351 Linkenheim-H - E-Mail: vorstand@iavg.org - www.iavg.org

IAVG-Internet-Dokumentationen

Oberflächenkontamination von Brennelement-Transportbehältern

www.iavg.org/iavg040.pdf / Stand: 05.03.2007

Im Mai 1998 wurde die Bevölkerung durch Pressemeldungen über radioaktive Oberflächenkontaminationen von Brennelement-Transportbehältern beunruhigt. Zweck dieser Dokumentation ist die Klärung des Sachverhaltes. Einige Daten sind noch zu ergänzen.

Inhaltsverzeichnis

- [1. Radiochemische Grundbegriffe](#)
- [2. Entsorgung von abgebrannten Brennelementen](#)
- [3. Oberflächenkontamination](#)
- [4. Grenzwerte der Oberflächenkontamination](#)
- [5. Gesundheitliche Bedeutung der Oberflächenkontamination](#)
- [6. Ursache der Oberflächenkontamination](#)
- [7. Meldepflicht](#)
- [8. Vortrag Adolf J. Hüttl](#)
- [9. Reaktionen von Verantwortungsträgern](#)
- [10. Ursachen der öffentlichen Fehlreaktionen](#)
- [11. Theologische Betrachtung](#)
- [12. Literatur](#)
- [13. Diskussion](#)

1. Radiochemische Grundbegriffe

Siehe IAVG-Internet-Dokumentation "Kernenergie / Radiochemische Grundbegriffe

(www.iavg.org/iavg46.htm)

[Zurück zum Seitenanfang](#)

2. Entsorgung von abgebrannten Brennelementen

In Süddeutschland werden etwa 70% des elektrischen Stromes in Kernkraftwerken gewonnen. In Kernreaktoren wird vorwiegend Uran-235 durch Neutronenbestrahlung in diverse Isotope umgewandelt. Hierbei tritt ein Massenverlust auf, der nach der bekannten Einsteinschen Formel in Wärmeenergie umgewandelt wird. Die freigesetzte Wärmeenergie wird zur Stromerzeugung mittels Turbinen verwendet.

Die Zerfallsprodukte von Uran 235 sind radioaktiv und müssen entsorgt werden. In einem ersten Schritt werden aus ausgebrannten Brennstäben das unverbrauchte Uran-235 und Plutonium zurückgewonnen und in COGEMA-MOX-Brennelementen wieder eingesetzt. Der Bau einer deutschen Wiederaufbereitungsanlage scheiterte am Widerstand der politisch fanatisierten Anti-Kernkraft-Bewegung. Abgebrannte Brennelemente müssen deshalb zur Wiederaufbereitung ins Ausland transportiert werden.

In deutschen Kernkraftwerken werden die ausgebrannten Brennelemente in spezielle Brennelement-Transportbehälter (BTB) verbracht ("TN"- und "NTL"-Behälter). Bei den zur Diskussion stehenden Behältern handelte es sich nicht um Castor-Behälter.

Die Konstruktion der BTB verhindert den Austritt radioaktiver Stoffe. Zusätzlich sind die BTB mit einem Metallschutzmantel versehen, um eventuelle Oberflächenkontaminationen abzuschirmen. Vor dem Verlassen der Kernkraftwerke werden die BTB auch auf Oberflächenkontamination geprüft und zwar von - KKW-Betreibern,

- Vertreter von Behörden,
- Technischer Überwachungsverein,
- Bundesamt für Strahlenschutz,
- Physikalisch-Technischen Bundesanstalt.

[Zurück zum Seitenanfang](#)

3. Oberflächenkontaminationen

Auf der Oberfläche von BTB können Spuren radioaktiver Verunreinigungen auftreten. Radioaktive Verunreinigungen auf BTB sind in der internationalen Fachwelt und bei den internationalen Fachbehörden schon seit den 70er Jahren bekannt und haben ihren Niederschlag in entsprechenden IAEA-Empfehlungen gefunden. Zitat aus "IAEA - Advisory Material for the Regulations for the safe Transport of Radioactive Material (1996 Edition)", auf dem die Regelungen der Gefahrgutverordnung basieren, in Übersetzung:

"Es sollte beachtet werden, daß bei manchen Gelegenheiten die Grenzen der nicht festhaftenden Kontamination am Ende des Transports überschritten werden können. Jedoch stellt diese Situation wegen der pessimistischen Annahmen bei den Berechnungen zur Ableitung der Grenzwerte der nicht festhaftenden Kontamination keine signifikante Gefahr dar. In diesen Situationen soll der Auftragnehmer den Auftraggeber informieren, um es ihm zu ermöglichen, die Ursachen zu bestimmen und solche Fälle in Zukunft zu minimieren... In allen Fällen sollte die Höhe der Kontamination auf den äußeren Oberflächen der Verpackungen so niedrig wie vernünftigerweise erreichbar gehalten werden."

In den Jahren 1997 und 1998 wurden 68 BTB von deutschen Kernkraftwerken nach La Hague transportiert. Französische Behörden stellten an 13 BTB in den Bodenwannen und an 3 BTB auf der Außenhaut Kontaminationen fest, die den Grenzwert überstiegen. Die BTB waren nachweislich dicht. Die erhöhten Werte wurde bei Messungen am Verladebahnhof in Valognes bei Cherbourg festgestellt. Keiner der Behälter hatte beim Verlassen der jeweiligen deutschen Kernkraftwerke eine erhöhte Kontamination aufgewiesen. In Deutschland wurden in der Regel Werte von $0,4 \text{ Bq/cm}^2$ gemessen.

Bei den zur Diskussion stehenden einzelnen BTB wurden in Valognes an 5-6 Stellen von etwa 1 cm^2 Fläche ("hot spots") Oberflächenkontaminationswerte von maximal 1488 Bq/cm^2 gemessenen.

Die BTB sind mit einer metallischen Schutzhaube abgedeckt, so daß die extrem geringe Strahlung, die durch die Oberflächenkontamination entsteht, gar nicht in die Umwelt gelangen kann. Außerhalb der Schutzhaube ist keine Radioaktivität aufgetreten.

[Zurück zum Seitenanfang](#)

4. Grenzwerte der Oberflächenkontamination

Der zulässige Wert für Oberflächenkontaminationen von BTB beträgt 4 Bq/cm^2 . Dieser zulässige Wert stellt keinen Gefährdungsgrenzwert dar, sondern er ist vielmehr an die natürliche Bodenkontamination von $3 - 6 \text{ Bq/cm}^2$ angelehnt. "Dieser Grenzwert von 4 Bq/cm^2 wurde absichtlich sehr niedrig festgelegt, weil es dabei nicht um eine etwaige Direktbestrahlung geht, sondern um Vorbeugung für den Fall, daß z.B. jemand den Behälter mit den Händen anfaßt und danach die Finger in den Mund steckt. Bei der Festlegung des Grenzwerts dachte man auch daran, daß radioaktive Partikel sich ablösen können und mit der Atemluft in die Lunge gelangen. Die Strahlenbelastung, die mit dem Verschlucken oder Einatmen (sog. Inkorporation) von 10.000 Bq Cäsium-137 verbunden sein könnte, ist trotzdem gering; sie ist nicht größer als die durchschnittliche jährliche Exposition durch die Aufnahme natürlicher radioaktiver Stoffe mit der Nahrung oder der Atemluft" (Reiners, in: Anonym 1998).

Der zulässige Grenzwert der Strahlung eines BTB (ohne Metallschutzmantel) beträgt in 2 m Abstand $100 \mu\text{Sv} / \text{Stunde}$. In der Praxis liegt der tatsächliche Wert bei $30 \mu\text{Sv} / \text{Stunde}$. Bei festgestellter Überschreitung dieses Grenzwertes müssen die betreffenden Oberflächen gereinigt werden.

Das Kernproblem der Brennelement-Transporte liegt wahrscheinlich darin, daß der Grenzwert von 4 Bq/cm^2 zu niedrig angesetzt ist. Dieser Wert ist vernünftigerweise nicht erreichbar. Wenn seinerzeit bei der Festlegung der Grenzwerte ein realistischer Wert festgelegt worden wäre, wäre die öffentliche Diskussion im Mai überhaupt nicht entstanden.

[Zurück zum Seitenanfang](#)

5. Gesundheitliche Bedeutung der Oberflächenkontamination

Die Oberflächenkontamination betrug bei einzelnen BTB insgesamt etwa 6000 Bq. Diese Radioaktivität ist identisch mit der Radioaktivität von 1 kg Kalidünger. Diese Radioaktivität ist ebenfalls ungefähr identisch mit der Radioaktivität im Inneren eines einzigen Menschen.

"Die Strahlenbelastung, die mit dem Verschlucken oder Einatmen (sog. Inkorporation) von 10.000 Bq Cäsium-137 verbunden sein könnte, ist trotzdem gering; sie ist nicht größer als die durchschnittliche jährliche Exposition durch die Aufnahme natürlicher radioaktiver Stoffe mit der Nahrung oder der Atemluft" (Reiners, in: Anonym 1998).

Die gemessene Oberflächenkontamination war demnach gesundheitlich bedeutungslos. Sie ist nur für die innerbetrieblichen Abläufe von Interesse, um die Reaktorsicherheit zu maximieren.

[Zurück zum Seitenanfang](#)

6. Ursache der Oberflächenkontamination

Die Ursache der Oberflächenkontamination ist bislang nicht hinreichend geklärt. Die betroffenen Behälter haben die Kernkraftwerke ohne nennenswerte Oberflächenkontamination verlassen. Die Kontaminierung muß deshalb während der Transporte erfolgt sein. Durch die Behälterwand können keine radioaktiven Stoffe dringen. Diskutiert wird ein Austritt von Kontamination aus äußeren Vertiefungen. Die Behälter selbst waren nachweislich alle dicht durch das Transportvakuum.

Diskutiert wird, daß kleinste radioaktive Metallteilchen aus dem Kühlkreislauf der Kraftwerke beim Beladen an äußeren Lamellen oder Verschraubungen der Behältern haften blieben und von der Reinigung nicht erfaßt wurden. Die französische Betreiberfirma COGEMA verlangt, daß bei Transporten in die Wiederaufbereitungsanlage La Hague ausschließlich französische NT-Behälter verwendet werden, die an der Oberfläche mit Lamellen versehen sind. Die glatten deutschen Transport-Behälter waren bei den Pannen so gut wie nicht beteiligt. Durch Verdunstung von Wasser erscheint es möglich, daß diese Kontaminationen erst nach dem Transport meßbar

[Zurück zum Seitenanfang](#)

7. Meldepflicht

Am 24.04.98 wurde das BMU erstmalig von der französischen Atomaufsichtsbehörde DSIN über Kontaminationen von BTB informiert. Am 30.04.98 gab das BMU erste Befunde bekannt.

In der Öffentlichkeit wurde bemängelt, daß die sei längerer Zeit beobachteten Oberflächenaktivitäten nicht den Ministerien gemeldet wurden. Hierzu ist festzustellen, daß auf deutschem Gebiet keine Oberflächenkontaminationen festgestellt wurden.

Die Oberflächenkontaminationen wurden von französischen Behörden festgestellt. Nach den derzeitigen internationalen Vorschriften besteht jedoch für die gemessenen Werte keine Meldepflicht an Behörden. Es wird durch die internationalen Bestimmungen lediglich empfohlen, daß der Absender hierüber informiert wird. Die festgestellten Oberflächenkontaminationen sind von innerbetrieblicher Bedeutung. Die Öffentlichkeit wird dadurch nicht tangiert.

"Das Phänomen der sich während der Beförderung in Einzelfällen ändernden nicht festhaftenden Oberflächenkontamination an Transportbehältern ist in Fachkreisen bekannt... NTL sei davon ausgegangen, daß die Behörden allgemein über das Phänomen derartiger Kontaminationen beim Transport unterrichtet gewesen seien, da bei internationalen Tagungen und Publikationen wiederholt darüber berichtet wurde (z.B. in den Safety Series No. 37)" (Pressemitteilung von NTL Nukleare Transportleistungen GmbH vom 27.05.1998).

Wenn sich die Umweltminister des Bundes und der Länder heute überrascht über die Oberflächenkontaminationen von Brennelemente-Transportbehältern zeigen, dann deutet das auf mangelnde Sachkenntnis dieser Ministerien hin.

[Zurück zum Seitenanfang](#)

8. Vortrag Adolf J.Hüttl

Dipl.-Ing. Adolf J. Hüttl ist Vorstandsmitglied der Siemens AG. Vortrag auf der Jahrestagung Kerntechnik, München, 26.-28. Mai 1998.

"Verantwortlich zu handeln, ist - definitionsgemäß - die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß all das, wofür man Verantwortung trägt, einen möglichst guten Verlauf nimmt, insbesondere daß das jeweils Notwendige und Richtige getan wird und daß möglichst kein Schaden entsteht.

Auch angesichts der Diskussionen der letzten Tage sage ich: kein anderer Industriezweig in Deutschland hat ein ähnlich hohes Verantwortungsbewußtsein gezeigt, wie die Kerntechnik. Die kerntechnische Industrie hat sich von Anbeginn an alte nötigen Gedanken gemacht und entsprechende Konzepte entwickelt, wie sie die gestellte Aufgabe - den Energieträger Uran wirtschaftlich zu nutzen - verantwortungsvoll erfüllen kann und wie sie sicherstellen kann, daß sowohl der Mensch als auch die Natur geschützt werden, und daß sowohl beim Betrieb der Kernkraftwerke als auch bei der Entsorgung des radioaktiven Abfalls - einschließlich des Transports - kein Schaden entsteht.

Zur aktuellen Situation

Gestatten Sie mir, als Vertreter eines nicht betroffenen Unternehmens, sozusagen als neutraler Dritter, einige persönliche Bemerkungen zu den gegenwärtigen Diskussionen um die Transporte von abgebrannten Brennelementen: Das entscheidende Beurteilungskriterium - und dies muß auch im Bereich der Kerntechnik seine Gültigkeit haben - ist das Sicherheitskriterium, d. h. gibt es eine Gefährdung von Mensch und Umwelt. Bei den diskutierten Vorgängen sind während des Transports bzw. am Zielort Kontaminationen aufgetreten, die zu Beginn des Transports nicht feststellbar waren. Entscheidend ist aber - im Sinne der Sicherheit für Mensch und Umwelt - ob diese Kontaminationen zu einer radiologischen Gefährdung geführt haben. Und dies kann klar verneint werden. Die zusätzliche Strahlenexposition durch die Oberflächenkontamination betrug weit weniger als ein Tausendstel bis ein Zehntausendstel der Direktstrahlung aus dem Transportbehälter. Außerdem sind die in den Transportvorschriften festgelegten Oberflächengrenzwerte von 4 Bq/cm^2 bei Transportbeginn nicht nur eingehalten, sondern in allen Fällen sogar unterschritten worden. Darüber hinaus bestand keine Meldepflicht für derartige Vorgänge. Zur genauen Ursachenermittlung dieses Phänomens hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit inzwischen die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit beauftragt.

Worin besteht aber dann das Problem? Das Problem besteht nicht in der Verletzung von Vorschriften oder in der Gefährdung von Menschen, sondern in der Sensibilität im Umgang miteinander. Wir haben ein Kommunikationsproblem: offenbar zu geringe Sensibilität bei manchen Fachleuten, überhöhte Sensibilität bei besorgten Bürgern - und lustvolle Übertreibung bei politischen Gegnern. In den Medien wird dann die Glaubwürdigkeit und das Verantwortungsbewußtsein einer ganzen Branche in Frage gestellt."

[Zurück zum Seitenanfang](#)

9. Reaktionen von Verantwortungsträgern

Das öffentliche Bekanntwerden der erhöhten Oberflächenkontaminationen von BTB hat bei Verantwortungsträgern Reaktionen ausgelöst, die als neurotische Verhaltensstörungen bezeichnet werden müssen. Sie deuten darauf hin, daß sich der naturwissenschaftlich-technische Bildungsstand vieler Verantwortungsträger auf einem sehr niedrigen Niveau befindet. Die Situation ist besorgniserregend. Sie läßt erwarten, daß bei echten Gefahren falsche emotionale Entscheidungen getroffen werden.

Gysi, Dr. Gregor (PDS)

*Herr Gysi forderte den Rücktritt von Frau Dr. Merkel (Stromthemen 63/1998).
Diese Forderung ist unverständlich.*

Hinz, Priska (Umweltminister Hessen, B90/Grüne)

*Frau Hinz will die Zuverlässigkeit der Anlagenbetreiber prüfen lassen. Sie fordert eine Untersuchung durch unabhängige Gutachter.
Gründe für das Mißtrauen von Frau Hinz sind nicht erkennbar (Stromthemen 63/1998).*

Juettner, Minister Wolfgang, Niedersächsisches Umweltministerium

Minister Juettner sieht in den Oberflächenkontaminationen einen Grund, das Verfahren für das geplante Endlager für schwach wärmeentwickelnden Atommüll in Salzgitter zu unterbrechen.'
Diese Schlußfolgerung ist rational nicht nachvollziehbar.

Lutz, Hermann, Chef der Gewerkschaft der Polizei

Herr Lutz behauptet, die Unternehmen hätte bewußt Nachrichten über Grenzwertüberschreitungen zurückgehalten und damit Tausende der zum Schutz von CASTOR-Transporten eingesetzten Beamten wissentlich einer Gesundheitsgefährdung ausgesetzt (Stromthemen 63/1998).

Es handelte sich nicht um CASTOR-Transporte. Es wurde keine Nachrichten bewußt zurückgehalten. Niemand wurde einer Gesundheitsgefährdung ausgesetzt. Herr Lutz begründet seine Aussagen nicht.

Majewski, Dr. Otto, Bayernwerk AG

Dr. Majewski hält ein ehrliches Bedauern der Energiewirtschaft für notwendig.
Dieses Verhalten dürfte kaum der Wahrheitsfindung dienen.

Merkel, Dr. Angela (CDU), Bundesminister für Umwelt etc., Bonn

Frau Dr. Merkel findet das Verhalten der deutschen Atomwirtschaft "vollends unverständlich" und sieht darin "eine Verdrehung der Wahrheit". Es "gehe darum, ob existierende gesetzliche Grundlagen eingehalten werden". Sie spricht von einem "tiefen Vertrauensverlust" (Rheinischen Merkur vom 05.06.98). Wahrheit wurde nicht verdreht, gegen Gesetze wurde nicht verstoßen und Vertrauen wurde nicht mißbraucht. Frau Dr. Merkel begründet ihre Aussagen nicht. Frau Merkel verbietet den Transport von BTB (Stromthemen 63/1998). Ein Grund für dieses Verbot ist nicht erkennbar. Frau Merkel fordert eine Meldepflicht für Grenzwertüberschreitungen (Stromthemen 63/1998). In Deutschland wurden keine Grenzwertüberschreitungen festgestellt, die Forderung kann sich nur an Frankreich richten.

Möller, Minister Claus, Kiel

Minister Möller bezeichnet die Oberflächenkontamination als Skandal und fordert rückhaltlose Aufklärung. Er fordert, daß nur deutsche Transportbehälter verwendet werden.
Die Äußerungen zeigen, daß ihm die IAEA-Richtlinien nicht bekannt sind. Gäbe es eine Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, könnte der Wunsch bezüglich der Transportbehälter erfüllt werden.

Reiners, Prof. Dr. Christoph, Vorsitzender der Strahlenschutzkommission der Bundesregierung

Prof. Reiner meinte in einem Interview: "Die Kernkraftwerksbetreiber bzw. die Transportunternehmen hätten rechtzeitig Konsequenzen aus den nun bekanntgewordenen Grenzwertüberschreitungen ziehen müssen".
Welche Konsequenzen hätten gezogen werden müssen?

Rutz, Michael, Chefredakteur Rheinischer Merkur, Bonn

In dem Artikel "Zurückbleiben, bitte!" (Rheinischer Merkur 23/1998) wird die belanglose Oberflächenkontamination von BTB als "Einstieg in den Austieg" aus der Kernenergienutzung bezeichnet. Ein rationaler Grund für diese Aussage ist nicht vorhanden. Mit dem Ausdruck "Atomlobby" wird ein Feindbild aufgebaut.

Scharping, Rudolf (SPD)

Herr Scharping enthielt sich der Stimme bei der Forderung nach dem Rücktritt von Frau Dr. Merkel (Stromthemen 63/1998).
Es ist unverständlich, weshalb Herr Scharping nicht gegen die Rücktrittsforderung gestimmt hat.

Steuer, Dr. Wilfried, Deutsches Atomforum

Dr. Steuer hat sich bei Frau Minister Dr. Merkel entschuldigt.
Es ist nicht verständlich, wofür sich Dr. Steuer entschuldigt hat.

Trittin, Jürgen (Vorstandsmitglied B90/Grüne)

Herr Trittin forderte den Rücktritt von Frau Dr. Merkel (Stromthemen 63/1998).
Diese Forderung ist unverständlich.

Wertel, Klaus G., Energie Baden-Württemberg AG

Herr Klaus G. Wertel teilt mit, daß das EnBW Fehler im Informationsverhalten zugegeben hat.
Es wird nicht klar, welche Fehler gemacht worden sind.
[Zurück zum Seitenanfang](#)

10. Ursachen der öffentlichen Fehlreaktionen

Bürger-Initiativen stellen einen ernstzunehmenden politischen Faktor der politischen Meinungsbildung dar. Gerade auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie haben Bürger-Initiativen volkswirtschaftliche Schäden von gigantischen Ausmaßen angerichtet. Bürger-Initiativen werden von undurchsichtigen Kräften gesteuert. Die Transparenzierung dieser Kräfte ist von erheblicher Bedeutung. Die rational nicht begründbare Einstellung der Bürger-Initiativen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie könnte folgende Ursachen haben:

Bildungsmängel

An den Schulen ist die naturwissenschaftliche Bildung unterentwickelt. Das Interesse der Bevölkerung an Naturwissenschaften ist im Durchschnitt gering. Sogar Verantwortungsträger wagen es, sich ihrer mangelnden naturwissenschaftlichen Kenntnisse zu rühmen. Die naturwissenschaftliche Unwissenheit erzeugt Ängste.

Psychologie

"Anders als über die Psychologie wird man ein Phänomen wie die gegenwärtige Kernenergie-Debatte kaum verstehen können" (C.F.von Weizsäcker). Andreas Wünschmann hatte sich bereits vor Jahren in seinem Buch "Unbewußt dagegen; Die Kontroverse um Atomkraft und Technik" mit der Fehlleitung der Öffentlichkeit durch archetypische Vorstellungen auseinandergesetzt.

Sozialismus

Die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken hatte bereits während des Zweiten Weltkrieges in deutschen Kriegsgefangenenlagern mit der Inszenierung einer Antifaschismus-Bewegung begonnen, die der Etablierung des Sozialismus in Deutschland dienen sollte. Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland erkannte die Antifa-Bewegung, daß die westdeutsche Arbeiterschaft nicht für den Sozialismus zu gewinnen war. Sie mobilisierte deshalb unterbewußte Ängste der Bevölkerung und erzeugte Anti-Amerka- und Anti-Atomkrieg-Bewegungen. Dieses Anti-Potential wurde dann in die Anti-Kernkraft-Bewegung umgeleitet.

Wirtschaft

Zu untersuchen wäre, inwieweit erdölproduzierende Länder und andere wirtschaftliche Kräfte an der Schwächung der deutschen Wirtschaft durch die Anti-Kernkraft-Bewegung interessiert sind.

[Zurück zum Seitenanfang](#)

11. Theologische Betrachtung

Die Bedeutung der Kernenergie-Debatte geht über den naturwissenschaftlich-technischen Bereich hinaus und tangiert die Sphäre der Grundangst des Menschen. Der Religionsphilosoph Sören Kierkegaard hat den Unterschied zwischen Furcht und Angst herausgearbeitet. Furcht ist objektbezogen und hilft dem Menschen, Gefahren zu vermeiden. Angst dagegen ist diffus und unkonkret. Als unterschwellige Empfindung lähmt die Angst den Menschen und hindert ihn daran, realitätsbezogene Entscheidungen zu treffen. Es sind viele Fälle

bekannt, in denen panische Angst mehr Opfer forderte als das angstausslösende Ereignis selbst. Die Angst vor Umweltschäden macht krank und führt zum "Klinischen Ökologie-Syndrom".

Lebensbewältigung setzt ein Grundvertrauen voraus. Grundvertrauen ist nur möglich auf einem soliden Vertrauensgrund. Ein derartiger Vertrauensgrund ist in einer säkularisierten Gesellschaft wie der unsrigen nicht mehr vorhanden. Der Glaube an Gott, den tatsächlichen Schöpfer und Erhalter des Kosmos, ist vielen verlorengegangen. Der Vertrauensgrund unserer Gesellschaft ist fiktiv. Die irrationalen Ängste sind deshalb verständlich, aber gefährlich. Echte zu fürchtende Gefahren werden ignoriert, die Angst vor Gespenstern wird dagegen wahrgenommen. "Wo dem christlichen Glauben die Tür verschlossen wird, steigt der Aberglaube zum Fenster hinein" (Emmanuel Geibel).

Das Paradies ist nicht machbar. Die Welt, in der wir leben, erfordert einen permanenten Kampf um das Überleben. Wir leben mit Surrogaten. Wir sind ständig gefordert, Alternativen zu überlegen. Friedlicher Wind und friedliche Sonne sind lediglich additive Energiequellen, die unseren Energiebedarf nicht decken können. Wir decken heute unseren Energiebedarf vorwiegend durch Verbrennung von begrenzt vorhandenen nicht regenerierbaren Mineralien, aus denen sich wertvolle Werkstoffe, Textilien und Arzneimittel herstellen lassen. Diese Bedarfsdeckung verschlechtert unser Klima und führt uns in eine Abhängigkeit von politisch sehr instabilen Staaten. Die Alternative ist die Energiegewinnung durch Kernenergie. Eine psychische Stabilisierung unserer Gesellschaft könnte durch den Glauben an Jesus Christus erreicht werden: "In der Welt habt ihr Angst, faßt aber Mut, ich habe die Welt überwunden!" sagte Jesus.

Die Bibel hebt immer wieder die Notwendigkeit des Realitätsbezuges und die Liebe zur Wahrheit hervor. Diese Faktoren sind auch für die Bewältigung der Gegenwartprobleme unaufgebbar.

[Zurück zum Seitenanfang](#)

12. Literatur

Anonym; Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft (Hrsg.)
Gefahren durch Brennelement-Transsport? Stromthemen;(63)(1998-06)

[Zurück zum Seitenanfang](#)

13. Diskussion

[Hinz, Priska](#)
[Hüttl, Adolf, J.](#)
[Juettner, Wolfgang](#)
[Lutz, Hermann](#)
[Majewski, Otto](#)
[Merkel, Angela](#)
[Möller, Claus](#)
[Paretzke, Herwig G.](#)
[Reiners, Christian](#)
[Röstel, Gunda](#)
[Rutz, Michael](#)
[Schröder, Gerhard](#)
[Steuer, Wilfried](#)
[Tauss, Jörg](#)
[Trittin, Jürgen](#)
[Wertel, Klaus G.](#)

[Hinz, Minister Priska, Wiesbaden](#)

Schreiben H.Penner vom 24.07.98: "...Pressemeldungen zufolge hat dieser Sachverhalt Sie veranlaßt, 'prüfen zu lassen, ob die Zuverlässigkeit der Anlagenbetreiber noch gegeben ist, wie sie das Atomgesetz vorschreibt.'

Ihr Verhalten ist rational nicht nachvollziehbar. Es ist ziemlich beunruhigend, wenn Politiker nicht mehr nach dem Verstand, sondern nur noch nach dem Gefühl entscheiden. Ich bitte Sie um eine Stellungnahme..."

Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet

[Zurück zum Seitenanfang](#)

[Hüttl, Dipl.-Ing. Adolf J.](#)

Schreiben H.Penner vom 24.07.98: "...Für Ihren Vortrag auf der Jahrestagung Kerntechnik danke ich Ihnen herzlich. Ich nehme an, daß Ihnen auch alle jene Mitarbeiter der Kernkraftwerke danken, die in Süddeutschland 70 % des elektrischen Stromes erzeugen..."

[Zurück zum Seitenanfang](#)

Juettner, Minister Wolfgang, Niedersächsisches Umweltministerium

Schreiben H.Penner vom 24.07.98: "... Pressemeldungen zufolge hat dieser Sachverhalt Sie veranlaßt, 'das Verfahren für das geplante Endlager für schwach wärmeentwickelnden Atommüll in Salzgitter zu unterbrechen.'

Ihr Verhalten ist rational nicht nachvollziehbar. Es ist ziemlich beunruhigend, wenn Politiker nicht mehr nach dem Verstand, sondern nur noch nach dem Gefühl entscheiden. Ich bitte Sie um eine Stellungnahme..."

Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet

[Zurück zum Seitenanfang](#)

Lutz, Hermann, Gewerkschaft der Polizei

Schreiben H.Penner vom 24.07.98: "...Pressemeldungen zufolge haben Sie den Kernkraftwerksunternehmen unterstellt, sie hätten Tausende der zum Schutz von CASTOR-Transporten eingesetzten Beamten wissentlich einer Gesundheitsgefährdung ausgesetzt.

Ich bitte Sie um Mitteilung, wie diese absurde Vorstellung bei Ihnen entstanden ist. Es ist beunruhigend, wenn die deutsche Polizei Angst vor Gespenstern hat..."

Schreiben H.Lutz (H.-J.Marker) vom 01.09.98: "...Sie dürfen versichert sein, daß die deutsche Polizei keine Angst vor Gespenstern hat. Angst müssen jedoch alle Bürger unserer Republik, also nicht nur Polizisten, haben, wenn sich ein kompletter Industriezweig - aus welchen Gründen auch immer - von bestehenden Rechtsnormen verabschiedet.

Lassen Sie mich einige Dinge klarstellen.

Das Straßen- und Schienengefahrgutrecht sieht vor, daß die nicht fest anhaftende Kontamination an der Außenseite der besagten B(U)-Versandstücke 4 Bq /CM² betragen darf und nicht mehr.

Die gesamten Strahlenschutz-Grenzwerte wurden seitens der IRCP bzw. im Transportbereich von der IAEO diskutiert und verabschiedet. Die Übernahme in nationales Recht erfolgte im Rahmen eines rechtsstaatlichen Gesetzgebungsverfahrens, an dem auch die Spitzenverbände der Wirtschaft beteiligt waren. Es ist nicht bekannt, daß dort Einwände z.B. wegen technischer Unmöglichkeit bestimmter Verfahren eingebracht worden wären.

Es kann keinesfalls angehen, daß jeder seine Grenzwerte so definiert, wie sie ihm gerade mal angenehm sind. Ansonsten hätten wir in unserem Staat einen Zustand, der eher an den Wilden Westen als an einen Rechtsstaat erinnert.

Insofern haben Sie bitte dafür Verständnis, daß ich mich nicht mit allen Ihren Argumenten auseinandersetzen werde, zumal sie unsachlich vorgetragen und daneben wissenschaftlich falsch sind. Dem Beispiel im zweiten Absatz Ihres Schreibens muß ich entnehmen" daß Ihnen viele Probleme des Strahlenschutzes im Zusammenhang mit den Transporten offensichtlich fremd sind.

Es geht nicht darum" die zivilisatorische Strahlung zu bewerten, sondern darum, daß jede zusätzliche Strahlung, die vermeidbar ist, eben unterbleiben muß.

Daß jede Strahlendosis gefährlich ist, stellt - im Gegensatz zu Ihnen - die Strahlenschutzkommission (!) in ihrer "Empfehlung zur Patientensicherheit bei Anwendung der Ultraschalldiagnostik in der Medizin" (Bundesanzeiger Nr. 145a v. 7.8.98) fest" in dem sie im Teil 1 unter Nr. 2. Ausführt.

"Hierin liegt ein prinzipieller Unterschied zu den ionisierenden Strahlungen, bei denen nach gegenwärtigem Kenntnisstand nicht ausgeschlossen werden kann, daß auch geringe Strahlendosen mit geringer Wahrscheinlichkeit noch biologische Schädigungen hervorrufen können".

Dieser Aussage ist nichts hinzuzufügen.

Ich möchte daneben noch klarstellen" daß Hermann Lutz zu keiner Zeit unterstellt hat, die Kernkraftwerksunternehmen hätten Tausende zum Schutz der CASTOR-Transporte eingesetzte Beamte wissentlich einer Gefährdung ausgesetzt.

Die Gewerkschaft der Polizei hat volles Verständnis für die Sorge der Beschäftigten in der Atomindustrie um ihre Arbeitsplätze. Wie Sie wissen, hat sich die GdP nicht zuletzt deshalb auch nicht für einen sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie ausgesprochen. Ich denke, es liegt aber auch in Ihrem Interesse, daß sich die Atomindustrie - wie andere Unternehmen auch - an die Grundlagen eines Rechtsstaates hält. Nur dadurch werden langfristig Arbeitsplätze gesichert..."

Schreiben H.Penner vom 03.09.98: "...für das Schreiben von Herrn H.-J.Marker vom 01.09.98 danke ich Ihnen, obwohl es mich erheblich beunruhigt hat. Ich habe Sorge, daß die Polizei ihre politische Neutralität

aufgibt. Ihr Schreiben weckt den Eindruck einer ideologischen Unterwanderung der Polizei. Aus Ihrem Schreiben geht hervor, daß Sie in die Energiedebatte eingreifen. Dadurch wird das Prinzip der Gewaltenteilung verletzt, welches einen Grundpfeiler unserer Demokratie darstellt.

Sie schreiben, daß sich "ein kompletter Industriezweig - aus welchen Gründen auch immer - von bestehenden Rechtsnormen verabschiedet". Dieser Vorwurf ist ungeheuerlich. Ich bitte Sie unbedingt, diesen Vorwurf hinreichend zu begründen.

Sie schreiben: "Es kann keinesfalls angehen, daß jeder seine Grenzwerte so definiert, wie sie ihm gerade mal angenehm sind". Auch dieser Vorwurf ist ungeheuerlich. Ich bitte Sie dringend um eine präzise Angabe, wer Grenzwerte eigenmächtig definiert hat.

Sie behaupten, ich hätte "wissenschaftlich falsche Argumente" vorgebracht. Das ist wiederum eine ungeheuerliche Behauptung. Ich bitte Sie um Mitteilung, welche Argumente Ihrer Meinung nach falsch sind. Ich bitte Sie ferner um eine präzise Mitteilung, wo in Deutschland Grenzwerte überschritten worden sind. Dringend bitte ich Sie, das Vertrauen nicht zu verscherzen, das die Polizei genießt. Die Bekämpfung der Kriminalität wird immer schwieriger. Eine gute Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Bevölkerung ist dringend notwendig. Diese Zusammenarbeit darf nicht durch böse Verunglimpfungen seitens der Polizei gefährdet werden.

Schreiben H.Lutz (H.-J.Marker) vom 08.09.98: "...Ihrem Schreiben vom 3.9.98 ist zu entnehmen, daß Ihnen offenbar eine Reihe wesentlicher Informationen und Argumentationen nicht vorliegen.

Die gestellten Fragen erhalten Sie in den diversen Schreiben bzw. öffentlichen Aussagen verschiedener Vertreter der Atomwirtschaft sowie den Veröffentlichungen der Bundesministerin für Naturschutz und Reaktorsicherheit, bzw. deren nachgeordnete Institutionen, beantwortet.

Wir dürfen davon ausgehen, daß der Internationale Arbeitskreis für Verantwortung in der Gesellschaft, dem Sie angehören, die entsprechenden Unterlagen vorliegen hat. Ansonsten können Sie die zur Beurteilung des Sachverhalt erforderlichen Materialien sicherlich beim BMU erhalten.

Zu Ihren allgemeinen Bemerkungen möchte ich feststellen, daß eine Gewerkschaft geradezu die Pflicht hat, sich in gesellschaftliche Prozesse einzuschalten. Dazu gehört zweifelsfrei auch die Energiepolitik.

Im übrigen teilen wir Ihre Auffassung, daß das Verhältnis zwischen Bürger und Staat durch böse Verunglimpfungen nicht gefährdet werden darf - von niemandem..."

Schreiben H.Penner vom 10.09.98: "... für das Schreiben von Herrn Hans-Jürgen Marker vom 08.09.98 bedanke ich mich. Ich gehe davon aus, daß dieses Schreiben mit Ihrem Wissen und Einverständnis erfolgt ist. Aus unserer Korrespondenz entnehme ich folgenden Sachverhalt:

1. Sie haben behauptet, "Kernkraftwerksunternehmen hätten Tausende von Beamten wissentlich einer Gesundheitsgefährdung ausgesetzt" (Stromthemen 63/1998). Sie streiten diese Behauptung ab.

2. Sie behaupten, "ein kompletter Industriezweig habe sich von den bestehenden Rechtsnormen verabschiedet". Sie sind nicht bereit, diese Behauptung zu begründen.

3. Sie behaupten, in Deutschland würde "jeder seine Grenzwerte so definieren, wie sie ihm gerade mal angenehm sind". Sie sind nicht bereit, mitzuteilen, wo in Deutschland Grenzwerte willkürlich festgelegt worden sind.

4. Sie behaupten, in der IAVG-Internet-Dokumentation seien "wissenschaftlich falsche" Informationen enthalten. Sie sind nicht bereit, mitzuteilen, welche Informationen Sie für falsch halten.

5. Sie behaupten, in Deutschland seien Grenzwerte überschritten worden. Sie sind nicht bereit, mitzuteilen, wo Ihrer Meinung nach Grenzwerte überschritten wurden.

Ich empfinde Ihr Verhalten als unseriös. Es ist sehr beunruhigend, daß hierdurch das Vertrauen in die deutsche Polizei beeinträchtigt wird..."

Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet

[Zurück zum Seitenanfang](#)

Majewski, Dr. Otto, Bayernwerk AG

Schreiben H.Penner vom 24.07.98: "... Pressemeldungen zufolge haben Sie hierzu geäußert: 'Mit den breit diskutierten Informationsdefiziten beim Transport von Brennelementen wurde eine Menge Porzellan zerschlagen. Hier Wiederaufbauarbeit zu leisten, ist nun Aufgabe aller Anlagenbetreiber. Verständliche Sachinformationen, offener Dialog und ehrliches Bedauern gehört dazu.'

Ihre Selbstanklage ist rational nicht nachvollziehbar. Was ist zu bedauern? Wer hat Porzellan zerschlagen? Wo sind Informationsdefizite?

Müssen wir uns unbedingt einer neurotisierten Öffentlichkeit beugen? Frau Dr. Merkel sagte 'Grenzwerte gibt es nicht aus Jux'. Der Grenzwert von 4 Bq/cm² ist doch nun wirklich ein Jux! Dieser Wert ist 'lower as reasonably achievable.' Das 'LARA-Prinzip' ist der eigentliche Grund für den burlesken Kräfteverschleiß, den sich unsere Politiker leisten.

Für eine Stellungnahme zu obigen Fragen wäre ich dankbar.

Schreiben Matthias Herzog und Dr. Werner Süss vom 04.08.98: " ... Wir alle wissen - und zahlreiche unabhängige Gutachter haben es bestätigt - daß von den festgestellten punktuellen Kontaminationen an Brennelement-Transportbehältern keinerlei Gefahr für Transportpersonal oder gar die Bevölkerung ausgehen konnte. Wir haben uns im Zusammenhang mit den Brennelement-Transporten keinerlei Rechtsverstoß vorzuwerfen.

Dennoch ist es eine Tatsache, daß die Kernenergie in Deutschland kaum sachlich und nüchtern zu diskutieren ist: wohl kein anderes Thema ist so hoch emotionalisiert. Die Diskussion um die verunreinigten Behälter muß deshalb umfassender geführt werden - auch vom Bayernwerk: Wir fordern von der Gesellschaft ein höheres Maß an Zustimmung zur Nutzung der Kernenergie und müssen demzufolge - gleichsam als Prämisse - über die Grenzen des rechtlich Notwendigen hinaus ein Höchstmaß an Verantwortung unter anderem für unseren Entsorgungsweg belegen können. Vor diesem Hintergrund wären wir besser beraten gewesen, die Berichte aus Frankreich über die Verunreinigungen bei Transportbehältern nicht lediglich als technische Information zu behandeln, sondern sie den Behörden und der Öffentlichkeit frühzeitig offenzulegen. Wir müssen hier in Zukunft noch mehr Sensibilität zeigen und eine vollständige Transparenz der Transporte sicherstellen.

Wir klagen uns nicht selbst an, sehen aber die Notwendigkeit, durch noch mehr Offenheit und nachvollziehbarkeit unseres Handelns das Vertrauen der Gesellschaft in die Kerntechnik zurückzugewinnen..."

Schreiben H.Penner vom 19.08.98: "... Ich bin überzeugt, daß bei sachkundigen Bürgern die Elektrizitätswirtschaft kein Vertrauen eingebüßt hat. Der Vorfall im Mai könnte zu einer Auseinandersetzung mit jenen Verantwortungsträgern in Presse und Politik genutzt werden, die aus ideologischen Gründen die Bevölkerung gezielt falsch informieren. Erschüttert ist das Vertrauen in die Chefredakteure der Medien, die über den Vorfall nicht sachgemäß berichtet haben.

Die Möglichkeit der Aufkonzentrierung von Oberflächenradioaktivität auf Brennelement-Transportbehältern während des Transportes ist seit Jahren bekannt. Dieser Sachverhalt ist auch den Umweltministerien bekannt. Deren Überraschung und kurzschlüssige Reaktionen sind nicht verständlich.

Den Energieunternehmen könnte allenfalls der Vorwurf gemacht werden, daß sie sich nicht für vernünftige höhere Grenzwerte eingesetzt haben. Auf die zu niedrig angesetzten Grenzwerte hat Herr Professor Reiners, Vorsitzender der Strahlenschutzkommission, hingewiesen.

Die Emotionen um die Oberflächenkontamination betrachte ich als Symptom einer Gesellschaft, die das Grundvertrauen zum Schöpfergott verloren hat und von irrationalen Ängsten geplagt wird..."

Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet

[Zurück zum Seitenanfang](#)

Merkel, Dr. Angela, Bundesminister für Umwelt etc., Bonn

Schreiben H.Penner vom 07.07.98: "... auf den Oberflächen von 3% der 1997/98 nach La Hague gelieferten Brennelement-Transportbehältern stellten französische Behörden erhöhte Radioaktivität fest... Ihre Reaktionen auf diesen Sachverhalt halte ich für unangemessen und rätselhaft. Ich beziehe mich auf eine Mitteilung vom Rheinischen Merkur vom 05.06.98. Nach dieser Meldung finden Sie das Verhalten der deutschen Atomwirtschaft 'vollends unverständlich' und sehen darin 'eine Verdrehung der Wahrheit'. Können Sie eine Erklärung für diesen ungeheuerlichen Vorwurf geben?

Sie sagten, es 'gehe darum, ob existierende gesetzliche Grundlagen eingehalten werden'. Ich bitte Sie um Mitteilung, wo Gesetze verletzt wurden.

Der Rheinische Merkur schreibt weiter 'Von einem 'tiefen Vertrauensverlust' spricht die Ministerin deshalb, vom aufkommenden Verdacht bei den Menschen, daß 'man es ja sowieso nicht so genau mit Grenzwerten' nehme, man habe ja 'schon immer gehnt, daß bestimmte Kreise unserer Gesellschaft skrupellos über Ängste und Sorgen der Menschen hinwegsehen'".

Ich bitte Sie um Mitteilung, wem diese ehrenrührigen Beleidigungen gelten. Der erwähnte Artikel im Rheinischen Merkur erweckt den Eindruck, daß sie Ihre Entscheidung nach irrationalen Gefühlen treffen, nicht nach nüchternem Sachverstand. Ihre Äußerungen fördern die Tendenz, die Kernkraftwerke durch Erdöl-Kraftwerke zu ersetzen. Dadurch wird sich die Abhängigkeit Deutschlands von politischen Krisengebieten verstärken. Außerdem werden sich dadurch die Kohlendioxid-Emissionen drastisch verstärken. Ich sehe Ihre Reaktionen als Folge der Säkularisierung unserer Gesellschaft. Emanuel Geibel sagte: 'Wenn dem Glauben (an Jesus Christus) die Tür verschlossen wird, dann kommt der Aberglaube zum Fenster herein'..."

Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet

Schreiben H.Penner vom 24.07.98: "...auf den Oberflächen von 3% der 1997/98 aus Deutschland nach La Hague gelieferten Brennelement-Transportbehältern stellten französische Behörden innerhalb der Außenabschirmung eine erhöhte Radioaktivität von maximal etwa 6000 Becquerel fest. In Deutschland war keine erhöhte Radioaktivität festgestellt worden.

Die erhöhte Radioaktivität von 6000 Becquerel ist ebenso hoch wie die Radioaktivität von 1 Kg Kalidünger und ungefähr ebenso hoch wie die Radioaktivität im Inneren eines einzelnen Menschen. Sie ist also gesundheitlich belanglos.

Ich komme auf mein Schreiben vom 07.07.98 zurück und bitte Sie um Mitteilung der Gründe, weshalb Sie den Transport von Brennelement-Transportbehältern untersagt haben..."

Schreiben A.Merkel vom 22.07.98: "...für Ihr Schreiben vom 07. Juli 1998 danke ich Ihnen. Sie beziehen sich auf einen Artikel im Rheinischen Merkur vom 05. Juni 1998 und bitten einerseits um Mitteilung, wo im Zusammenhang mit den Kontaminationen an Transportbehältern für abgebrannte Brennelemente Gesetze verletzt worden sind und andererseits um Mitteilung, wem die nach Ihrer Auffassung ehrenrührigen Beleidigungen in diesem Artikel gelten.

Zu Ihrer ersten Frage teile ich Ihnen mit, daß von niemand bestritten wird, daß bei einzelnen Beförderungsvorgängen gesetzliche Grenzwerte überschritten worden sind. Das EisenbahnBundesamt ermittelt zur Zeit noch, ob aufgrund dieser Grenzwertüberschreitungen Ordnungswidrigkeitentatbestände erfüllt sind. Wenn die Prüfungen des EBA abgeschlossen sind, muß entschieden werden, ob die Unterlagen an die jeweils betroffenen Staatsanwaltschaften abgegeben werden, die für die Prüfung von Straftatbeständen zuständig sind.

Zu Ihrer zweiten Frage darf ich Sie darauf hinweisen, daß die EVU selbst eingräumt haben, durch ihr Verhalten einen tiefen Vertrauensverlust in die die Sicherheitskultur einer Hochtechnologie verursacht zu haben. Insofern halte ich den Vorwurf einer ehrenrührigen Beleidigung für unbegründet, wenn lediglich Äußerungen wiedergegeben werden, die der Betroffene selbst getan hat.

Ihre Interpretation, daß die Äußerungen in dem Artikel die Tendenz fördern, Kernkraftwerke durch Erdöl-Kraftwerke zu ersetzen kann ich nicht nachvollziehen und wird von mir nicht geteilt..."

Schreiben H.Penner vom 28.08.98: "... für das Schreiben Ihres Mitarbeiters, Herrn Bordin, danke ich Ihnen. Es beantwortet allerdings nicht meine Fragen, die von erheblicher öffentlicher Bedeutung sind. Ich kann nicht beurteilen, ob der Rheinische Merkur Ihre Äußerungen richtig wiedergegeben hat.

Seit vielen Jahren ist in Fachkreisen bekannt, daß sich Oberflächenkontaminationen von Brennelement-Transportbehältern aufkonzentrieren können (was keine Zunahme der Oberflächenkontamination bedeutet!). War Ihnen dieser Sachverhalt unbekannt?

Ich bitte Sie nochmals um eine konkrete Auskunft darüber, wo in Deutschland Grenzwerte überschritten worden sind. Außerdem bitte ich Sie um Auskunft darüber, weshalb Sie Ordnungswidrigkeiten vermuten. Unverständlich ist, weshalb in dieser Angelegenheit Staatsanwaltschaften eingeschaltet werden sollen, die wegen der zunehmenden Kriminalität stark überlastet sind. Man gewinnt den Eindruck, daß Sie die Arbeit der zahlreichen Überwachungsinstitutionen für bedeutungslos halten.

Die Selbstanklagen der EVU sind rätselhaft. Ich bitte Sie um konkrete Mitteilung darüber, welche Personen die Selbstanklagen ausgesprochen haben. Denkbar ist, daß die Selbstanklagen von verunsicherten Aufsichtsräten ausgesprochen wurden, die über keine hinreichende Sachkenntnisse verfügten.

Zu Ihren Aussagen über die Mitarbeiter der Kernenergie-Wirtschaft weise ich auf den Vortrag von Herrn Dipl.-Ing. Adolf J. Hüttl hin (siehe www.iavg.org/iavg-40.htm).

Im übrigen meine ich, daß politische Arbeit mit gleicher rationaler Sorgfalt betrieben werden muß, wie der Betrieb von Kernkraftwerken. Von einem Ministerium, das von den Bürgern finanziert wird, muß eine ebenso sorgfältige Auskunft erwartet werden können, wie von einem Kernkraftwerk.

Ich erkenne an, daß Sie einen schweren Stand haben gegenüber den irrationalen Kräften in der SPD und der Grünen Partei. Umsomehr müssen die Menschen zusammenhalten, die mit rationalem Sachverstand die Probleme unserer Zeit angehen.

Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet

[Zurück zum Seitenanfang](#)

Möller, Minister Claus, Kiel

Schreiben H.Penner vom 24.07.98: "... Pressemeldungen zufolge haben Sie diesen Sachverhalt als 'Skandal' bezeichnet. Was ist hier 'rückhaltlos aufzuklären'? Warum sollen in Deutschland technische Probleme von Politikern und nicht von Fachleuten gelöst werden?

Ihr Verhalten ist rational nicht nachvollziehbar. Es ist ziemlich beunruhigend, wenn Politiker nicht mehr nach dem Verstand, sondern nur noch nach dem Gefühl entscheiden. Ich bitte Sie um eine Stellungnahme..."

Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet

[Zurück zum Seitenanfang](#)

Paretzke, Dr. Herwig G., Institut für Strahlenschutz des GSF Forschungszentrums

"...Hier scheint insbesondere die sowohl für Politiker als auch für Journalisten schwer nachvollziehbare

Umrechnung von Flächenkontamination (typisch in Bq/cm² angegeben) in Organ- oder Effektivdosen (meist in mSv angegeben) die fachliche Ursache für die unproportionale Aufregung gewesen zu sein. Denn es führt kein leichter Weg von Becquerel zur Sievert!... Wie gut, daß man durch die Castor-Kontaminationen die wirklichen Probleme wie Arbeitslosigkeit und Rentenunsicherheit politisch und in den Medien so gut verdrängen kann!" (VDI-Nachrichten 29.05.98)

[Zurück zum Seitenanfang](#)

Reiners, Prof.Dr.Christian, Strahlenschutzkommission

Schreiben H.Penner vom 24.07.98: "... In einem Interview mit der Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft (17.06.98). sagten Sie: 'Grenzwerte sind dazu da, daß sie eingehalten werden! ... Die Kernkraftwerksbetreiber bzw. die Transportunternehmen hätten rechtzeitig Konsequenzen aus den nun bekanntgewordenen Grenzwertüberschreitungen ziehen müssen.'

Im Interesse der Öffentlichkeit wäre ich Ihnen für eine Mitteilung darüber dankbar, wo in Deutschland Grenzwerte überschritten wurden und welche Konsequenzen wann hätten gezogen werden müssen..."

Schreiben C.Reiners vom 27.07.98: "... muß ich zunächst einmal mein Befremden darüber äußern, daß Sie diese Aussage aus dem Zusammenhang gerissen in den Vordergrund stellen. Tatsächlich habe ich in dem Interview mit der Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft vom 17.06.98 in erster Linie darauf abgehoben, daß mit den Brennelement-Transporten keine gesundheitlichen Risiken verbunden sind. Die Überschrift zu dem Beitrag lautete: 'Das Risiko für eine radioaktive Verseuchung ist praktisch Null.'

Um nun Ihre Fragen zu beantworten:

1. Die Oberschreitungen von Grenzwerten bei Brennelement-Transporten sind von verschiedenen Gremien, wie z. B. der GRS, umfangreich dokumentiert worden. Bezüglich Einzelheiten möchte ich Sie auf die von der GRS veröffentlichten Berichte verweisen.

2. Was die von mir angesprochenen Konsequenzen aus Grenzwertüberschreitungen betrifft, so hatte ich in dem Interview gesagt, daß die Betreiber bzw. die Transportunternehmen diesen Punkt mit den Genehmigungsbehörden hätten diskutieren müssen. Dabei hätte sich dann wahrscheinlich herausgestellt, daß die Grenzwerte für Oberflächenkontaminationen tatsächlich zu niedrig angesetzt sind. Bei einer frühzeitigen Diskussion über dieses Thema ohne politischen Druck wäre eine Anhebung der Grenzwerte durchaus denkbar gewesen. Diese Formulierungen wurden in dem Interview dann jedoch nicht mit abgedruckt..."

Schreiben H.Penner vom 24.07.98: "... Keinesfalls möchte ich Aussagen aus dem Zusammenhang reißen. Es ging mir um die Klärung einer Detailfrage Ihres Interviews, die Sie freundlicherweise beantwortet haben..."

[Zurück zum Seitenanfang](#)

Röstel, Gunda, Bündnis90/Die Grünen

Schreiben H.Penner vom 16.11.99: "... Frau Antje Radtke hat kürzlich festgestellt: "Die Beteiligung an der Regierungsverantwortung hat unsere Partei in eine Krise gestürzt". Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß sich die Grüne Partei selbst keine Befähigung zur Regierungsverantwortung zutraut. Unter diesem Gesichtspunkt muß sicher auch ihre Presseerklärung vom 10.11.99 gesehen werden.

In dieser Presseerklärung stellen Sie folgende Behauptungen auf:

- Jahrelang wurden von den Kernkraftwerken zulässige Grenzwerte um das mehr als 10.000fache wissentlich ueberschritten.
- Die Transporte von Brennelementen zum Zwecke der Wiederaufbereitung sind überflüssig.
- Vor allem die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen verursacht untragbar hohe Umweltbelastungen und Gesundheitsgefahren und steigert die Risiken der Proliferation.
- Die Wiederaufbereitung ist technisch wie wirtschaftlich unsinnig.

Wir bitten Sie um eine in der IAVG-Internet-Dokumentation "Brennelement-Transportbehälter" (www.iavg.org/iavg40.htm) zitierfähige wissenschaftlich überzeugende Begründung dieser Behauptungen. Falls wir keine oder nur eine unbefriedigende Antwort erhalten, werten wir dies als Beleg dafür, daß ihre Presseerklärung ausschließlich demagogischen Zwecken dienen soll.

Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet

[Zurück zum Seitenanfang](#)

Rutz, Michael, Chefredakteur Rheinischer Merkur, Bonn

Schreiben H.Penner vom 07.07.98: "... in Rheinischer Merkur, 23/1998, brachten Sie einen Artikel über die Oberflächenradioaktivität von Brennelement-Transportbehältern. Dieser Artikel ist ohne ausreichende

Sachkenntnisse geschrieben, enthält falsche Aussagen und führt den Leser in die Irre:

- Es gibt keine 'Atomlobby'. Die friedliche Nutzung der Kernenergie ist von allgemeinem volkswirtschaftlichen Interesse.
- Es handelte sich nicht um 'Castor-Transporte'.
- Die IAEO-Empfehlungen von 1996 stellen fest: 'Es sollte beachtet werden, daß bei manchen Gelegenheiten die Grenzen der nicht festhaftenden Kontamination am Ende des Transports überschritten werden können'. 'Die Atomwirtschaft' hatte also nichts 'zuzugeben'.
- In Deutschland wurden keine Grenzwertüberschreitungen festgestellt. Grund zum Mißtrauen ist nicht vorhanden.
- Als Richtwert gilt die ziemlich niedrige Bodenstrahlung. Dieser Wert wurde bei 3% der Transportbehälter überschritten. Das haben Sie nicht mitgeteilt.
- Stellt sich ein Mensch 1 Monat lang in 50 cm Abstand neben den 'verstrahlten' Behälter, so bekommt er die gleiche Dosis mit wie bei einem Amerika-Flug. Das haben Sie dem Leser nicht mitgeteilt.
- Ihre Behauptung, die 'Vertrauensbasis' zur Energiewirtschaft sei gestört, ist unbegründet.
- Der 'deutschen Stromwirtschaft' unterstellen Sie Falschinformationen ohne Grund.
- Die unbegründeten Aussagen von Angela Merkel und Jürgen Trittin übernehmen Sie kritiklos.
- Meldung und Meinung trennen Sie nicht.

Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet.

Schreiben H.Penner vom 24.07.98: "... auf den Oberflächen von 3% der 1997/98 aus Deutschland nach La Hague gelieferten Brennelement-Transportbehältern stellten französische Behörden innerhalb der Außenabschirmung eine erhöhte Radioaktivität von maximal etwa 6000 Becquerel fest. In Deutschland war keine erhöhte Radioaktivität festgestellt worden.

Die erhöhte Radioaktivität von 6000 Becquerel ist ebenso hoch wie die Radioaktivität von 1 Kg Kalidünger und ungefähr ebenso hoch wie die Radioaktivität im Inneren eines einzelnen Menschen. Sie ist also gesundheitlich belanglos.

Diesen wichtigen Sachverhalt haben Sie Ihren Lesern vorenthalten. Ich komme auf mein Schreiben vom 07.07.98 zurück und bitte Sie um Mitteilung der Gründe..."

Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet

Schreiben H.Penner vom 04.09.98: "...der Rheinische Merkur brachte am 29.05.1998 auf der ersten Seite einen Artikel von Torsten Kraul mit der Überschrift "Lügen, die sich rächen; Castor-Skandal; Nukleare Geheimniskrämerei, und nicht nur sie, führt leicht zu Problemen".

Brennelemente von Kernreaktoren müssen regeneriert werden. Weil es in Deutschland keine Wiederaufbereitungsanlage gibt, müssen die Brennelemente zu diesem Zweck nach Frankreich transportiert werden. Beim Beladen der Transportbehälter unter Wasser können sich an deren Oberflächen extrem winzige radioaktive Partikel festsetzen. Für deren Strahlung wurde ein extrem niedriger Grenzwert festgesetzt, nämlich der Wert der natürlichen Bodenstrahlung von Sandböden in freier Natur. Dieser Wert wird von der Bodenstrahlung im Fichtelgebirge und im Schwarzwald, in Beton-Wohnhäusern und in Flugzeugen bei weitem überschritten.

Seit vielen Jahren ist bekannt und der Öffentlichkeit jederzeit zugänglich, daß sich beim Transport die Oberflächenkontaminationen aufkonzentrieren können, so daß in ganz wenigen pfenniggroßen Bereichen dieser Grenzwert unbedeutend überschritten wird. Mit oder ohne Aufkonzentration ist die gesamte Oberflächen-Radioaktivität der Transportbehälter nicht höher als die in einem normalen Menschen enthaltene Radioaktivität oder die Radioaktivität von 1 kg Kalidünger.

- Die Atomenergiewirtschaft hat folgende Fehler gemacht:

- Die Grenzwerte wurden viel zu niedrig angesetzt.

Als Grenzwert wurde nicht die Radioaktivität, sondern die punktuelle Strahlungsdosis festgelegt.

Dieser Sachverhalt wird in dem Artikel von Torsten Krauel nebst dazugehöriger Zeichnung völlig falsch wiedergegeben. Der Artikel ist geeignet, in der Bevölkerung unbegründete Ängste zu erzeugen, Hysterie zu schüren und die irrationale Antikernkraft-Lobby zu unterstützen. Die Quelle seiner Desinformation verrät Herr Krauel nicht. Folgendes ist zu diesem Artikel festzustellen:

- Die in Becquerel zu messende Radioaktivität wird mit der in Sievert zu messenden Strahlungsdosis verwechselt.

- Die Vielzahl von Überwachungsinstitutionen wird völlig ignoriert.

- Es ist nicht wahr, daß Brennelemente in Castor-Behältern transportiert werden.

- Es ist nicht wahr, daß in Deutschland Grenzwerte überschritten wurden.

- Es ist nicht wahr, daß von den Brennelement-Transportbehältern Radioaktivität in die Umwelt gelangt, wie auf der Zeichnung dargestellt. Auf dem Transport sind die Behälter zusätzlich mit einem Metallmantel umgeben.

- Es ist nicht wahr, daß öffentliches Vertrauen durch die Energiewirtschaft verspielt wurde. Verspielt wurde das Vertrauen in die Medien.

- Es ist nicht wahr, daß die Oberflächenaktivitäten "möglicherweise gesundheitsgefährdend" waren.

- Es ist nicht wahr, daß es sich hier um einen "Skandal" handelt.
- Es ist nicht wahr, daß "Meßwerte jahrelang unterdrückt" wurden.
- Es ist nicht wahr, daß "von einer bestimmten Verantwortungsebene an verantwortungslos mit sensiblen Daten umgegangen wurde".
- Es ist nicht wahr, daß "Meßwerte gedankenlos, verantwortungslos totgeschwiegen wurden".
- Es ist nicht wahr, daß "die Atomindustrie für den Standort keine unverzichtbare volkswirtschaftliche Bedeutung besitzt". In Süddeutschland werden 70% des elektrischen Stromes aus Kernenergie erzeugt.
- Es ist nicht wahr, daß "betriebssichere Reaktoren möglicherweise eines Tages ein Exportprodukt darstellen könnten", wenn die Kernreaktoren bei uns abgeschaltet werden.
- Es ist nicht wahr, daß "die Atomverantwortlichen viel bedeutenderen Zukunftsbranchen einen Tiefschlag versetzt haben".
- Richtig ist, daß "die latente Hysterie, bezogen auf Forschung und Technik, in Deutschland so leicht zu mobilisieren ist", zum Beispiel durch den Rheinischen Merkur.
- "Dieses Land wurde irreführt", aber nicht durch die Energiewirtschaft, sondern durch die Medien.
- Es ist nicht wahr, daß es "eine Schweigemauer der Nuklearmanager" gibt. Es gibt eine Schweigemauer der Chefredakteure. Symptomatisch ist, daß ich beispielsweise von Dr. Augstein als Antwort auf eine Beschwerde lediglich den Aufkleber "Spielleser wissen mehr" zugeschickt bekam.
- Ein "Versagen selbstbezogener, selbstverliebter, abgeschotteter Hierarchien" ist bei den Chefredakteuren der Medien zu finden, nicht in der Energiewirtschaft.
- "Hochtechnologie braucht Öffentlichkeit", sie braucht Chefredakteure mit einem Minimum an technischem Sachverstand.
- "Politik, die in hochtechnologischen Zusammenhängen funktionieren soll, braucht öffentliches Vertrauen". Wir brauchen in der Tat vertrauenswürdige Politiker und Chefredakteure. Woher sollen wir sie bekommen?
- Ein "Freedom of Information" gibt es in Naturwissenschaft und Technik seit eh' und je. Es gibt für den Bürger aber keinen Schutz gegen den Mißbrauch der Pressefreiheit durch die Medienchefs.
- Leider ist der Artikel von Herrn Krauel keine Ausnahme. Man kann von einem "Informations-GAU" der deutschen Medien sprechen. Der desolote Zustand der deutschen Medien, die Sache und Meinung nicht voneinander trennen können, läßt kaum auf eine Bewältigung der Probleme der Informationgesellschaft hoffen.

Der Rheinische Merkur hat eine Beilage "Christ und Welt". Auch dieser Bereich ist von dem "Informations-GAU" tangiert. Emanuel Geibel hatte in einem Gedicht sinngemäß gesagt: "Wenn dem Glauben an Jesus Christus die Tür verschlossen wird, kommt der Aberglaube zum Fenster herein." Das trifft heute für Deutschland zu. Die Anzahl der Christen dürfte in Deutschland durchschnittlich etwa 3% der Bevölkerung betragen, in Magdeburg etwa 0,2%. Der Rest hat das Grundvertrauen in den Schöpfergott weitgehend verloren. Sie ist irrationalen Ängsten und den Manipulationen durch die Medien hoffnungslos ausgeliefert.

Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet

[Zurück zum Seitenanfang](#)

Schröder, Gerhard, Bundeskanzler

Schreiben H.Penner vom 12.10.99: "... im Koalitionsvertrag hatten Sie sich verpflichtet, die Kernkraftwerke in dieser Legislaturperiode stillzulegen. Der Koalitionsvertrag wurde von Ihrer Regierung als "Höhere Gewalt" deklariert, um aus internationalen Verträgen aussteigen zu können.

Im vorigen Jahr erfolgte beim Transport von Brennelementen eine Aufkonzentration von Oberflächenkontaminationen der Behälter, ein nicht meldepflichtiger und dem Umweltministerium seit Jahren bekannter Vorgang. Grenzwerte wurden in Deutschland nicht überschritten. An winzig kleinen Stellen der Behälter stieg die Strahlung auf die Höhe der Bodenstrahlung des Fichtelgebirges an. Diesen sicherheitstechnisch belanglosen Vorgang verwenden Sie als Begründung, um den Brennelement-Transport generell zu blockieren. Mit Ihrer Entscheidung bieten Sie auf dem Energiesektor folgende Alternativen an:

- Stromabschaltungen mit allen wirtschaftlichen Konsequenzen.
- Verlagerung der Stromerzeugung ins Ausland mit dem Verlust vieler Arbeitsplätze.
- Bau von teuren und überflüssigen Zwischenlagern, die die Stromkosten erhöhen.

Jede dieser Alternativen richtet unabsehbaren volkswirtschaftlichen Schaden an.

In Deutschland weiß jeder Laborant im ersten Lehrjahr, daß es eine kritische Masse von Uran gibt. In Japan haben Arbeiter in einer Fabrik - nicht in einem Kernkraftwerk - zuviel Uranlösung in einen Bleicheimer gekippt. Die anschließende Kettenreaktion war völlig normal. Herr Trittin hat daraufhin die Überprüfung deutscher kerntechnischer Anlagen angeordnet, in denen solch ein Ereignis gar nicht vorkommen kann. Ein Sinn dieser Anordnung ist nicht erkennbar.

Wie lange müssen wir die unverständliche Strategie Ihrer Regierung noch ertragen? Die Vorstellung, man könne Probleme nachhaltig ohne Gottes Hilfe lösen, halte ich für eine Illusion.

Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet

[Zurück zum Seitenanfang](#)

Schreiben H.Penner vom 34.07.98: "... Pressemeldungen zufolge haben Sie sich bei Frau Minister Merkel entschuldigt: 'Mir tut es persönlich ganz außerordentlich leid, daß ausgerechnet die Atomwirtschaft die Ministerin jetzt in erhebliche politische Schwierigkeiten gebracht hat... Entziehen Sie bitte jenen, die bisher auf Vorstandsebene Ihre Gesprächspartner waren, nicht Ihr Vertrauen!'

Ihre Selbstanklage ist rational nicht nachvollziehbar. Was ist zu bedauern? Welchen vernünftigen Grund gibt es, den Beschäftigten in der Kernenergiegewinnung Mißtrauen entgegenzubringen?

Müssen wir uns unbedingt einer neurotisierten Öffentlichkeit beugen? Frau Dr. Merkel sagte 'Grenzwerte gibt es nicht aus Jux'. Der Grenzwert von 4 Bq/cm² ist doch nun wirklich ein Jux! Dieser Wert ist 'lower as reasonably achievable'. Das 'LARA-Prinzip' ist der eigentliche Grund für den burlesken Kräfteverschleiß, den sich unsere Politiker leisten..."

Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet

[Zurück zum Seitenanfang](#)

Tauss, Jörg (MdB)

siehe IAVG-Internet-Dokumentation "Meinungsprofil / Jörg Tauss" (www.iavg.org/iavg52.htm)

[Zurück zum Seitenanfang](#)

Trittin, Bundesminister Jürgen

Schreiben H.Penner vom 18.08.99: "...im Mai vorigen Jahres berichtete die Presse über erhöhte Konzentrationen von Oberflächen-Radioaktivität auf Brennelement-Transportbehältern, die von Deutschland nach La Hague transportiert worden waren. Seit Jahrzehnten ist bekannt, daß bei derartigen Transporten stellenweise Aufkonzentrationen von Oberflächen-Radioaktivität vorkommen können. Die Strahlung der Aufkonzentrationen überstieg diejenige von Sandböden, erreichte aber nicht diejenige beispielsweise des Fichtelgebirges. Die Gesamt-Oberflächen-Radioaktivität eines Transportbehälters war nicht höher als diejenige von etwa 900 g Kalidünger. Die von den Medien gemeldete Oberflächen-Radioaktivität lag also von einer Gefahrenzone sehr, sehr weit entfernt.

Durch die teilweise falschen Pressemeldungen waren Sie dermaßen beunruhigt, daß Sie ohne nachvollziehbare Gründe den Rücktritt der damaligen Umweltministerin forderten. Offensichtlich ebenfalls aufgrund jener Pressemeldungen unterbinden Sie jetzt den dringend nötigen Transport von Brennelementen, der durch internationale Verträge festgelegt ist.

Grundsätzlich ist zu bemerken, daß die sehr hohen staatlichen Sozialleistungen durch die Wirtschaft längst nicht mehr finanziert werden können, sondern nur durch ständig erhöhte Kreditaufnahmen. Die deutsche Wirtschaft steht an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Vor diesem Hintergrund wird jetzt ein wesentlicher Teil unserer Wirtschaft durch ein Ministerium paralysiert, das Entscheidungen nicht aufgrund fundierten Fachwissens trifft, sondern aufgrund seelischer Angstgefühle.

Ihre ministeriellen Entscheidungen zeigen durchaus eine theologische Komponente. Emanuel Geibel hat in einem Gedicht treffend zum Ausdruck gebracht, daß der Aberglaube zum Fenster hereinsteigt, wenn dem Glauben an Gott die Tür verschlossen wird. Wir leben in einer hochtechnisierten Gesellschaft, die nur durch ein hohes Maß an Intelligenz und rationaler Überlegung funktioniert. Die volkswirtschaftlichen Schäden sind unabsehbar, wenn unsere Wirtschaft durch Politiker gelenkt wird, deren Entscheidungsmaßstab von irrationalen Empfindungen gebildet wird. Ich bitte Sie um eine in der oben genannten IAVG-Internet-Dokumentation zitierfähigen Mitteilung Ihrer Begründung für die Blockierung des Transportes von Brennelementen..."

Schreiben J.Trittin vom 18.08.99: " ... die Aussetzung von Transporten mit abgebrannten Brennelementen erfolgte nicht, wie Ihrem Schreiben zu entnehmen ist, aufgrund von Pressemeldungen, sondern ist durch Verstöße gegen Vorschriften begründet, die in der alleinigen Verantwortung der EVU sowie der Wiederaufarbeitungsfirmen liegen, die über viele Jahre die Grenzwertüberschreitungen bei Oberflächenkontaminationen verursacht und diese den Behörden nicht angezeigt haben. Diese Grenzwerte sind in verkehrsrechtlichen Vorschriften vorgegeben und demzufolge einzuhalten: Das häufige Überschreiten dieser Grenzwerte bedeutete Verstöße gegen geltendes Recht, die ein behördliches Einschreiten erforderten. Naturgemäß konnte erst eingeschritten werden, als die Grenzüberschreitungen den Behörden bekannt wurden. Zwar war innerhalb der EVU schon länger bekannt, daß bei einer größeren Zahl von Brennelementtransporten die Grenzwerte überschritten worden sind, eine Benachrichtigung der deutschen Behörden erfolgte jedoch nicht. Diese erfuhren davon erst im April 1998 von französischen Behörden.

Die Entscheidung über eine Wiederezulassung dieser Transporte kann erst gefällt werden, wenn nachgewiesen wird, daß die maßgeblichen Grenzwerte während der gesamten Transportdauer mit

Sicherheit eingehalten werden können..."

Schreiben H.Penner vom 10.09.99: "... zunächst danke ich Ihnen für Ihr Antwortschreiben vom 18.08.99, das von Herrn Dr. Bröcking unterzeichnet wurde. Mich bedrückt allerdings die Art der Darstellung der Sachverhalte in Ihrem Schreiben, das ich der oben genannten IAVG-Internet-Dokumentation beifüge:

- Im Mai vorigen Jahres hatten einige Medienredakteure durch irreführende Meldungen über Brennelement-Transporte eine Massenhysterie ausgelöst (Herr Lutz von der Polizeigewerkschaft glaubte allen Ernstes, Tausende von Polizisten seien strahlengefährdet gewesen). Anstatt die Bevölkerung sachgerecht zu informieren, hat das BMU, offensichtlich von der öffentlichen Meinung beeinflusst, rational nicht nachvollziehbare Maßnahmen getroffen.

- In Ihrem Schreiben vermisse ich Angaben darüber, ob und wo in Deutschland Grenzwertüberschreitungen aufgetreten sind.

- Verstöße gegen Vorschriften sind im Gegensatz zu Ihrer Behauptung nicht bekanntgeworden.

- Ihre Behauptung, Wiederaufbereitungsfirmen hätten "Grenzwertüberschreitungen bei Oberflächenkontaminationen verursacht" ist unzutreffend, schon deshalb, weil diese Firmen das Ziel der Transporte waren.

- Seit Jahrzehnten ist der Fachwelt bekannt, daß während des Brennelement-Transportes Aufkonzentrationen auf der Oberfläche der Behälter vorkommen können. Diese Aufkonzentrationen sind im Gegensatz zu Ihrer Darstellung nicht meldepflichtig.

- Auch Ihr Ministerium dürfte wissen, daß solche Aufkonzentrationen vorkommen können. Wenn das BMU diesem für die Sicherheit bedeutungslosen Vorgang Bedeutung beimißt, hätte es schon längst einschreiten müssen.

- Der unvernünftig niedrig angesetzte Grenzwert (die Schweiz hat lediglich einen Richtwert festgelegt) in Höhe der Strahlung von Sandböden stieg während des Transportes an den winzigen "hot spots" ungefähr auf die Höhe der Strahlung von Granitböden an. Dieser sicherheitstechnisch bedeutungslose Vorgang veranlaßt Sie, die Brennelement-Transporte zu blockieren und beträchtlichen volkswirtschaftlichen Schaden anzurichten!

Sehr geehrter Herr Minister, dieses Schreiben soll verdeutlichen, daß sich nicht jeder Bürger von sachlich unkorrekten Darstellungen beeinflussen läßt, sondern wohl nur eine kleine manipulierbare Minderheit.

Schreiben J.Trittin vom 23.09.99: "... im Auftrag von Bundesminister Jürgen Trittin bestätige ich dankend den Erhalt Ihres Schreibens vom 11. September 1999. (Dr.Susanne Lottermoser)".

Schreiben H.Penner vom 06.10.99: "...auf mein Schreiben vom 11.09.99 habe ich lediglich eine Eingangsbestätigung von Frau Dr. Lottermoser erhalten.

Hieraus ziehe ich den Schluß, daß Ihnen zur Verteidigung Ihrer Transportblockade von Brennelementen keine Argumente zur Verfügung stehen. Im Rahmen meiner Möglichkeiten werde ich diesen Sachverhalt der Öffentlichkeit mitteilen.

Dieses Schreiben wurde nicht beantwortet

[Zurück zum Seitenanfang](#)

Wertel, Klaus G., Energie Baden-Württemberg AG

Schreiben H.Penner vom 24.07.98: "...In einer Pressemitteilung vom 28.05.98 schreiben Sie: 'Die EnBW Kraftwerke GmbH hat im Zusammenhang mit den Grenzwert-Überschreitungen bei Brennelement-Transporten Fehler im Informationssystem eingeräumt und rasche Konsequenzen angekündigt.'

Ihre Selbstanklage ist ganz und gar unverständlich. Es ist längst bekannt - auch pflichttreuen Umweltministerien des Bundes und der Länder - , daß diese Kontaminationen auftreten können. 'Es sollte beachtet werden, daß bei manchen Gelegenheiten die Grenzen der nicht festhaftenden Kontamination am Ende des Transports überschritten werden können. Jedoch stellt diese Situation wegen der pessimistischen Annahmen bei den Berechnungen zur Ableitung der Grenzwerte der nicht festhaftenden Kontamination keine signifikante Gefahr dar. In diesen Situationen soll der Auftragnehmer den Auftraggeber informieren, um es ihm zu ermöglichen, die Ursachen zu bestimmen und solche Fälle in Zukunft zu minimieren... In allen Fällen sollte die Höhe der Kontamination auf den äußeren Oberflächen der Verpackungen so niedrig wie vernünftigerweise erreichbar gehalten werden' heißt es in einer IAEA-Richtlinie aus dem Jahr 1996!

Ich meine, Sie sollten das Chaos, das in den Köpfen der Politiker und Journalisten herrscht, nicht noch durch unangebrachte Selbstbezeichnungen vergrößern..."

[Zurück zum Seitenanfang](#)